

Perspektiven liberaler Schulpolitik in Nordrhein-Westfalen

Für Liberale ist **Bildung ein Bürgerrecht**. Die FDP will Kindern und Jugendlichen die Werte unserer Gesellschaft, Lebenstüchtigkeit im Alltag, Qualifikationen für ihr Berufsleben und den emanzipierten Umgang mit kulturellen Gütern vermitteln. Unser Anspruch ist, alle ihre Anlagen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft zu entfalten und sie zu individueller Leistung wie zu gesellschaftlicher Verantwortung zu motivieren. Bildung für Beruf und Praxis sowie allgemeine Bildung haben für uns den gleichen Wert.

Wir arbeiten für die Eltern, die ein auch im Alltag verlässliches und **qualitativ hochwertiges Bildungssystem** fordern, das ihren Kindern vielfältige Optionen für die Zukunft öffnet. Die FDP ist Partner der Lehrerinnen und Lehrer, die für ihre Förderung und Forderung junger Talente hohen Respekt verdienen. Wir unterstützen die Kommunen dabei, auch in Zeiten des demographischen und gesellschaftlichen Wandels leistungsfähige regionale Bildungslandschaften zu erhalten.

Unser Ziel ist die beste Qualität von Bildung - vom Kindergarten über die Schule bis zur Lehrstelle oder Hochschule. Unsere Bildungspolitik setzt dazu auf die Prinzipien der **Wahlfreiheit** und der **Individualität des Förderns und Forderns**. Wir wollen autonomen Bildungseinrichtungen dafür große **Handlungsfreiheiten** übertragen, sie aber auch in den transparenten Wettbewerb um beste Ergebnisse stellen. Liberale Bildungspolitik setzt allerdings einen **klaren Ordnungsrahmen**, welche Werte und Fachkenntnisse innerhalb welcher Schulformen und Bildungsgänge mit welchen Berechtigungen und Anforderungen der Abschlüsse vermittelt werden.

In Nordrhein-Westfalen hat die FDP seit der Übernahme der Regierungsverantwortung von Rot-Grün auf der Basis dieser Grundüberzeugungen bereits eine **Trendwende** erreicht: Es ist uns gelungen, wieder Vertrauen in ein leistungsfähiges Bildungssystem aufzubauen. Die schulische Qualitätsdebatte mit einer Fokussierung auf individuelle Förderung, verlässlich erteilten Unterricht, massiven Ausbau von Ganztagsangeboten für alle Schulformen und unterlegt durch 6.400 zusätzliche Lehrer wird die FDP weiterführen. Für die kommende Legislaturperiode des Landtags nach 2010 sehen wir vor diesem Hintergrund folgende **Handlungsfelder**:

1. Die Freien Demokraten stehen weiter für eine **verbesserte Finanzierung unseres Bildungssystems**. Die sich aus sinkenden Schülerzahlen im kommenden Jahrzehnt ergebenden finanziellen Spielräume wollen wir nutzen, um die Qualität unserer Schulen mit diesen „Demographiegewinnen“ weiter zu verbessern. Wir wollen diskutieren, welche zusätzlichen Ressourcen bei Land und Schulträgern benötigt werden, um beispielsweise den wachsenden Bedarf nach Ganztagsangeboten decken zu können.
2. Die FDP will die pädagogische, personelle und finanzielle Autonomie und damit im Ergebnis die Qualität der Schulen durch ein „**Schulfreiheitsgesetz**“ nach dem Vorbild unseres liberalen Hochschulfreiheitsgesetzes erhöhen. Wir wollen dazu diskutieren, wie und unter welchen Bedingungen die Schulen ohne Qualitätsverlust von unnötigen Vorgaben und Kraft raubender Bürokratie befreit werden können.
3. Die Freien Demokraten wollen das **Gymnasium stärken** und seinen Charakter als Vorbereitung auf eine Hochschulausbildung betonen. Wir wollen dazu zum einen den begonnenen Ausbau von Ganztagsangeboten an den G8-Gymnasien forcieren und die Umsetzung der Schulzeitverkürzung verbessern. Die Straffung der Schulzeit kann durch den Wegfall der derzeitigen Halbjahre 11/I und 13/II pädagogisch sinnvoller und kindergerechter erfolgen. Zum anderen stehen wir weiter zu der im Schulgesetz fixierten leistungsorientierten Reform der gymnasialen Oberstufe. Wir wollen diskutieren, wie mit dem Zustrom zum Gymnasium umzugehen ist und ob die qualitativen Eingangsvoraussetzungen insbesondere für den Übertritt in die gymnasiale Oberstufe weiterentwickelt werden müssen.
4. Die FDP will **das differenzierte, begabungsgerechte Bildungssystem weiterentwickeln**. Der demographische Wandel und der veränderte Elternwille führen dazu, dass sich die Rahmenbedingungen für das weiterführende Schulwesen regional immer stärker unterscheiden werden. Wir wollen auf diese Entwicklung mit der Erweiterung der Entscheidungsfreiheit vor Ort antworten. Heute erfolgreich arbeitende und demographiefeste Schullandschaften stellen wir damit nicht in Frage. Dort aber, wo diese Voraussetzungen zukünftig nicht mehr gegeben sind, wollen wir neue Modelle des intensiveren organisatorischen und pädagogischen Verbundes von Haupt-, Real- und Gesamtschulen zulassen, wenn die Gremien der beteiligten Schulen und ihre Träger entsprechende Beschlüsse fassen. Diese Schulform neuen Typs einer differenzierten Regionalschule („regionale Mittelschule“) soll trotz in einer Region sinkender Schüler-

zahlen das Angebot äußerlich differenzierter Bildungsgänge und den Zugang zu mittleren Abschlüssen mit hohem qualitativen Anspruch garantieren. Geeignete Schüler können im Anschluss eine berufsgymnasiale Oberstufe - zum Beispiel an Berufskollegs – besuchen oder in die gymnasiale Oberstufe des Gymnasiums wechseln. Wir wollen diskutieren, wie die im Schulgesetz bestehenden Möglichkeiten zur Einrichtung von Schulverbänden für dieses Ziel konzeptionell und in ihrer Anwendungsbreite weiterentwickelt werden müssen.

5. Die Freien Demokraten wollen die **Aus- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer neu gestalten**. Wir wollen Studierenden im Rahmen einer konsekutiven Studiengangs mit Bachelor- und Masterabschluss frühzeitig Praxiserfahrungen vermitteln und ihre pädagogischen Kompetenzen stärken. Dabei darf die Fachlichkeit nicht vernachlässigt werden. Das Lehramt für die Grundschulen muss insgesamt aufgewertet werden. Die Kompetenz der Hochschulen bei Konzeption und Angebot der entsprechenden Studiengänge wollen wir im Rahmen notwendiger staatliche Rahmensetzungen und Zielvereinbarungen ausbauen. Die FDP will ferner diskutieren, wie die fachliche wie pädagogische Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer in Kooperation mit Hochschulen und Wirtschaft intensiviert werden kann.
6. Liberale wollen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen strukturell und pädagogisch in „**Bildungshäusern von 3 bis 10**“ besser verzahnen. Wir wollen diskutieren, wie die Förderung kleiner Kinder früher und besser gelingen und wie dazu die vielfach mehr von rechtlichen und finanziellen denn von pädagogischen Erwägungen bestimmte Trennung zwischen Elementar- und Primarbereich reduziert werden kann.

Diese Handlungsfelder ihrer Bildungspolitik wird die FDP in diesem Jahr mit der Öffentlichkeit, mit Verbänden und mit Experten diskutieren, unter anderem auf einem thematisch breit angelegten **Expertenkongress** am 21. Juni 2008 in Düsseldorf, im Rahmen von Gesprächen des Landesvorstands mit Verbänden und anlässlich von Dialogveranstaltungen in allen interessierten Kreisverbänden. Der Landesvorstand wird beauftragt, diese Diskussionen auszuwerten und dem **außerordentlichen Landesparteitag** am 8. November 2008 auf ihrer Basis ein Papier „Liberale Schulpolitik 2010-2015“ vorzulegen.